

Oberstes verteidigungspolitisches Gebot der NPD ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker! Nur wenn dieses Recht allen Völkern zugestanden wird, kann es dauerhaften Frieden geben. Das Bekennen zum Selbstbestimmungsrecht aller Völker ist die Grundlage für das von der NPD verfochtene Nicht-einmischungsgesetz in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten. Aus diesem Grund lehnt die NPD den Einsatz der Bundeswehr zu einer internationa- len Interventionstruppe konsequent ab.



NPD | VERTeidigung

# WIR Nationaldemokraten **WOLLEN**

- ✓ An der Sicherheit der Soldaten darf nicht gespart werden!
- ✓ Privatisierung im Verteidigungssektor stoppen und erfolgte Privatisierungen rückgängig machen!
- ✓ Wiedereinführung der Wehrpflicht, um Verteidigungsfähigkeit zu gewährleisten!
- ✓ Der Oberbefehl über deutsche Soldaten hat in deutscher Hand zu liegen!
- ✓ Keine weitere Beteiligung der Bundeswehr an US-Kriegsabenteuern!
- ✓ Die Mitgliedschaft in der NATO muss aufgekündigt werden – stattdessen bedarf es eines europäischen Sicherheitssystems, mit dem Europa verteidigungsfähig wird!
- ✓ Abzug aller ausländischen Soldaten aus Deutschland!
- ✓ Kein Zugriffsrcht ausländischer Streitkräfte auf Infrastruktur in Deutschland!
- ✓ Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts aller Völker und des Nicht-einmischungsgesetzes in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten als wesentliche Grundlagen des Völkerrechts!

NPD | VERTeidigung

# KONTAKT

Sie haben unsere Inhalte? Dann helfen Sie mit, Mir ein Deutschland einzurichten, was Ihnen keinen Verdacht und Zweifel mit uns in Kontakt. Wir freuen uns auf Sie!



/npd.de



npd.de



NPD-Partizipanz, Postfach 840157, 12531 Berlin



interessenten@npd.de



030 - 650 110  
FAX 030 - 650 111 40



NPD-Partizipanz  
IBAN: DE 80 1005 0000 6600 0991 92  
BIC: BELADEBEXX  
Berliner Sparkasse  
Verwendungszweck: "Name  
mit Ihrer Anschrift"

## JETZT SPENDEN

Unterstützen Sie uns jetzt mit einer Spende.  
Jeder Euro zählt und Ihre Hilfe ist zu  
100% steuerlich absetzbar. Verlässliche Bank!



Für eine deutsche Zukunft!

www.npd.de | Postfach 840157 | 12531 Berlin | FAX 030 - 650 111 40



UNSERE  
THEMEN

VERTEIDIGUNG

VERTEIDIGUNSPOLITIK  
MUSS FRIEDEN  
SICHERN!





# STOPPT DIE NATO EU US KRIEGS- TREIBER

Seit der Staatsgründung der USA vor 240 Jahren befinden sich die Vereinigten Staaten 222 Jahre im Krieg mit anderen Ländern, ungenommen nur 50%. Alle US-Präsidenten führen in ihrem Amt mindestens einen Krieg. Der längste Friede der Zeitur, also das Jahrzehnt der Weltwirtschaftskrise (1930-1940), ist verstreut.

Die deutsche Bundeswehr ist bis heute in den Streitbelehnungsprozess der NATO eingebunden. Die Verbünde der Teilstaaten der Bundeswehr – Heer, Luftwaffe und Marine – sind bis heute der NATO unterstellt. Deutschland ist als NATO-Mitglied auch verpflichtet, die Versorgungslinien der Bündnispartner zu gewährleisten. Die NPD spricht sich daher aus, dass der Oberbefehl über alle deutschen Soldaten wieder in deutscher Hand liegen muss. Da deutsche Streitkräfte nicht Mittel internationaler Großmachtpolitik sein dürfen, ist die Mitgliedschaft Deutschlands in der von den USA dominierten NATO aufzukündigen.

Deutschland ist *de facto* noch immer besetzt, weil zehntausende ausländische (vor allem US-amerikanische)

Soldaten hierzulande stationiert sind. Die USA unterhalten weiterhin zahlreiche militärische Einrichtungen auf deutschem Boden, so zum Beispiel das Hauptquartier der US-Gesamtstreitkräfte für den Aufgelebtenreich Europa in Stuttgart, das Hauptquartier der US-Herrschstreitkräfte in Europa in Münster sowie das Hauptquartier der US-Luftwaffe in Europa in Ramstein. Ramstein dient vor allem als Schnittstelle zur Steuerung von rechtlich außerhalb fragwürdigen Kampffliehren-Einsätzen im Nahen Osten.

Die Bundeswehr-Militärkosten der letzten Jahre – ob es die Beteiligung an Luftangriffen im Kosovo-Krieg, der ISAF-Einsatz in Afghanistan, die Stationierung von Flugabwehrstahlern in der Türkei oder andere Einsätze waren – liegen bzw. liegen allein nicht im deutschen Interesse. Der Rest Deutschlands hat sich in den betroffenen Weltregionen spürbar verschlechtert, was sich wiederum negativ auf offener Grenzen und massiver Zuwendungswelle nach Deutschland in einer größeren Tempofuge hinzuaddiert. Die gigantischen Ausgabenverzretungen haben ihre Ursache unter anderem in der Destabilisierung vieler Staaten durch die Kriege der USA.

Statt die Bundeswehr im Rahmen der NATO für US-Kriegsunternehmen zweckzunehmenden, fordert die NPD die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems unter Einbeziehung Russlands, mit dem die Verteidigungsfähigkeit Europas sichergestellt wird. Nur verteidigungsfähige Staaten sind wirklich souverän und handlungsfähig!

Doch die Bundeswehr wird nicht nur zweckfremd, sie wird auch zunehmend kaputtgespart. Ob es mannde Kasernen sind, nacheinanderbrüchende Hubschrauber oder unpräzise Bewaffnung – auf dem Rücken der im Einsatz befindlichen Soldaten wird gespart. Ein Grund für die rückgängige Qualität der Bundeswehr-Infrastruktur ist die zunehmende Privatisierung im Verteidigungssektor. Doch um die Verteidigungsfähigkeit eines Staates gewährleisten zu können, bedarf es gut ausgebildeter und modern ausgerüsteter Streitkräfte!

Die Aussetzung bzw. Quasi-Abschaffung der Wehrpflicht hat dazu geführt, dass die Bundeswehr zu einer reinen Berufsarmee geworden ist. Die deutliche Reduzierung der Zahl der Soldaten hat die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr deutlich minimiert. Selbst das Bundesverteidigungsministerium musste einräumen, dass die potentielle Heimatverteidigung – also der eigentliche Zweck der Bundeswehr – über Jahre hinweg vernachlässigt wurde.

Die Wehrpflicht wirkte auch als „Schule der Nation“, indem sie junge Rekruten zu Tugenden erzog, die heute von linken Mainstream-Parteien als „Selbstläugnern“ abgewertet werden. Die Bundeswehr muss wieder das Bewusstsein prägen, dass ihre Soldaten es sind, die die Souveränität Deutschlands sichern. In Frankreich, wo die Wehrpflicht bereits im Jahr 2001 ausgesetzt wurde, wird mittlerweile schmerlich bedauert, dass viele junge Franzosen auf die Armee als Bürgerschule verzichten mussten. Eine ähnliche Entwicklung ist – nur zeitversetzt – auch in Deutschland zu erwarten.